

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 35 mm breite Reklame-Beizeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag
13
Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschuß. Jede Nachschußbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Beirathung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Laufend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller-
spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungsort in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 90 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Zu den Friedensverhandlungen.

Der diplomatische Bericht.

Paris, 12. Juni. (Havas.) Bericht vom 10. Juni: Die Regierungschefs begannen heute mit der Prüfung der Berichte und der Schlussfolgerungen der Spezialkommissionen hinsichtlich der einzelnen Punkte des deutschen Gegen-
vorschlages. Am Vormittag wurde der Bericht der Kommission für Wiedergutmachung erörtert. Es scheint, daß man sich einer Uebereinkunft nähert, die unseren Sachverständigen Recht gibt. Klotz und Loucheur waren gegen eine Festlegung der Entschädigungssumme, während die Amerikaner die Aufnahme einer Summe von 100 Milliarden in Gold und zinstragend vorschlugen. Die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund wurde noch nicht erledigt, wahrscheinlich morgen. Clemenceau vertrat sehr fest den französischen Standpunkt, wonach die unverzügliche Zulassung Deutschlands durchaus inopportun sei und Sieger und Besiegte auf gleichen Fuß stellten. Ein mehr oder weniger langer Zeitraum sei erforderlich, um die Aufrichtigkeit der friedlichen Reigungen Deutschlands zu er-
härten. Dann erst würde sein Platz im Völkerbund sein. Man darf annehmen, daß diese Auffassung durchdringen wird. Man glaubt, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenentwürfe am Freitag überreicht werden kann. Die Antwort der Alliierten an Deutschland wird endgültig sein; keine Diskussion seitens der deutschen Delegation wird mehr zugelassen werden. Eine Frist von acht Tagen wird der deutschen Delegation zugestanden werden, um sich nach Berlin zu begeben, sich mit ihrer Regierung zu beraten und ihre Antwort wissen zu lassen.

Paris, 12. Juni. (Havas.) Eine in Konferenzreisen sehr nahestehende Persönlichkeit erklärte dem „Echo de Paris“, die Vertreter Frankreichs legen bezüglich der deutschen Gegen-
entwürfe über die Wiedergutmachung und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund absolute Festigkeit an den Tag. Bezüglich der Wiedergutmachung hielt Frankreich seine Bedingungen völlig aufrecht. Frankreich wird den Deutschen von dieser Schuld nichts nachlassen. Wir werden ihnen vorschlagen, von ihrem flüssigen Vermögen 25 Milliarden an die Entente zu übergeben. Wir werden Deutschland zwei Jahre Zeit geben, um seine wirtschaftliche und finanzielle Lage zu prüfen und werden hierauf eine vorläufige Zahlung von 125 Milliarden in Gold oder auf den Inhaber lautende Schatzscheine festsetzen. Die Kommission wird den Betrag der zu zahlenden Summe erhöhen können, wenn sich die Leistungsfähigkeit Deutschlands steigert.

Paris, 12. Juni. Die Regierungsführer besprachen die deutschen Gegenentwürfe bezüglich der Wiedergutmachung. Man zweifelte nicht daran, daß ein Beschluß gefaßt wurde, denn Clemenceau hatte eine Besprechung mit Klotz und Loucheur. Die wichtige Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund wurde noch nicht an-
geschritten. Die Sitzung der Kommission des Völkerbundes, die am Montag im Hotel Grillon abgehalten wurde, be-
schänkte sich darauf, Einzelheiten der Organisation zu be-
sprechen.

mz Berlin, 12. Juni. Wie der „Voss. Ztg.“ aus Rom berichtet wird, ist in Italien eine starke Stimmung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor-
handen.

Die Antwort des Biererrats.

Verfaillies, 12. Juni. (Havas.) Die vier Regierungschefs machten sich gestern über die hauptsächlichsten Punkte der deutschen Gegen-
entwürfe schlüssig. Man nimmt an, daß die Antwort der deutschen Delegation am Freitag nachmittag oder spätestens am Samstag übergeben werden wird. Bezüglich der Wiedergutmachung beschloß der Biererrat keine wesentlichen Änderungen in der Klassifikation der Schäden. Die französische Auffassung über-
wiegt; sie ist der unmittelbaren Festsetzung der Ziffer des von Deutschland zu erscheidenden Schadens abgeneigt. Die Deutschen werden die Möglichkeit haben, jeden für die Ziffer der Schadensvergütung wichtigen Vorschlag zu machen. Sie werden in die Lage versetzt werden, jährliche Zahlungen zu leisten. Die von Deutschland für Militärpensionen ver-
langte Summe wird im Vertrage nicht enthalten sein. Eine

Frist von sechs bis acht Tagen vom Tage der Ueber-
reichung der Antwort der Entente ab wird den Deutschen bewilligt werden. Die Frist umfaßt die drei Tage, die not-
wendig sind zur Kündigung des Waffenstillstandes. Am Tage nach Ablauf dieser Frist von sechs oder acht Tagen würden sich die Truppen hoch in Marsch setzen.

mz Berlin, 12. Juni. Die konservativen und einige liberale Blätter versichern einhellig, daß keine deut-
sche Regierung ein Dokument unterzeichnen würde, das den Zusammenbruch der deutschen Nation her-
beiführen würde.

mz Paris, 12. Juni. (Havas.) Clemenceau hatte gestern eine Besprechung mit Marshall Foch. Die am Vormittag zusammengetretenen Minister des Aeußern, Bratiani, Mitcheu, Kramarsch und Benes, berieten über die Grenz Rumäniens und der Tschecho-Slowakei. Cambon und Tardieu wohnten der Sitzung bei.

Nationalversammlung und Friedensvertrag.

mz Weimar, 12. Juni. Die nächste Plenarsitzung der Nationalversammlung wird sich mit dem Frie-
densvertrag zu befassen haben. Infolgedessen kann der Zeitpunkt der Sitzung heute noch nicht bestimmt werden. — Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung ist auf den 16. Juni vormittags 10 Uhr nach Weimar einbe-
rufen worden.

Wie die „Germania“ erfährt, wird auch die preußische Landesversammlung in der nächsten Woche eine Sitzung abhalten, in der die Gegenentwürfe der deutschen Regierung auf den Friedensvertragsentwurf der Entente und die Antwort der letzteren auf diese Gegenentwürfe be-
raten werden sollen.

Eine unerwünschte Veröffentlichung.

mz Washington, 12. Juni. Alle Senatoren haben ein Exemplar des Friedensvertrages erhalten, der heute als Kongreßbericht veröffentlicht und den Zeitungen zugestellt wird.

Präsident Wilson benachrichtigte die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, daß der Friedens-
vertragsentwurf gegenwärtig Gegenstand von Unterhandlungen sei und möglicherweise Änderungen erfahren könnte; deshalb schweige er und müsse diesbezüglich handeln wie die Vertreter der anderen Großmächte. Niemand habe das Recht gehabt, den englischen Text mitzuteilen. Wilson ersucht den Senat, eine strenge Untersuchung einzuleiten, um festzustellen, wie das Exemplar nach New York gelangt sei. Die Kommission lud in dieser Sache eine Anzahl der haupt-
sächlichsten Bankiers vor, um sie bezüglich der Indiskretion zu vernehmen. Der Senator Borah, der dem Ausschuß das Exemplar vorlegte, machte es dem Senat zum Geschenk.

mz New York, 12. Juni. (Reuter.) Borah legte gestern dem Senat das erwähnte Exemplar des Friedensvertrages vor, das von Zeitungskorrespondenten nach Amerika gebracht wurde. Der Senat ordnete mit 47 gegen 24 Stimmen an, daß der Friedensvertrag als öffentliches Dokument gedruckt wird.

Amsterdam, 12. Juni. Dem Brehnbureau „Radio“ zu-
folge meldet „New York Sun“, daß es ihrem Londoner Bureau nicht gelungen sei, den vollständigen Text des Zwischenvertrages mit Deutschland nach Amerika zu senden, da der britische Zensur dies nicht gestattete. Ein Senator wird dem Senat einen Antrag unterbreiten, eine Untersuchung anzustellen, weshalb die britische Zensur diesen zurückhalte.

mz Amsterdam, 10. Juni. Wie das Brehnbureau „Radio“ aus Washington meldet, erklärte Frank Poll in einer Mit-
teilung an den Kongreß, daß die Forderungen ameri-
kanischer Bürger an Deutschland, die infolge des Unterseebotskrieges und der Maßregeln, die die deutsche Regierung gegen amerikanisches Eigentum in Deutschland ergriff, entstanden sind, nahezu eine Milliarde Dollars betragen. Allein die Forderungen die sich aus dem Unterseebotskrieg ergaben, betrügen 600 Millionen Dollars.

Der Friedensvertrag und die 14 Punkte Wilsons.

Amsterdam, 12. Juni. Der Pariser Korrespondent des „Daily News“ meldet, er sei ermächtigt, der Behauptung entgegenzutreten, daß Wilson erklärt habe, der Frie-
densvertrag solle vollständig in Uebereinstimmung mit seinen 14 Punkten, Wilson habe niemals, weder öffentlich noch privat, irgend etwas derartiges gesagt.

Die Grenzfrage im Osten.

mz Amsterdam, 11. Juni. Dem „Allgemeen Handels-
blad“ zufolge erfuhr der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ an maßgebender Stelle, daß der Biererrat, der gestern neuerdings über die polnische Frage verhandelte, be-
schlossen habe, in den strittigen Gebieten Oberschle-
siens und Ostpreußens eine Volksabstim-
mung abzuhalten.

Die kolonialen Fragen.

Berlin, 12. Juni. Von zuständiger Stelle wird mit-
geteilt: Ausländische Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder lebhaft mit der von der Entente geplanten Regelung der kolonialen Fragen. U. a. wird behauptet, die Entente beabsichtige zwar, Deutschland seinen gesamten Kolonialbesitz zu nehmen, seinen Wert aber bei der Fest-
setzung der Entschädigungssumme nirgendwo zu berück-
sichtigen. Demgegenüber kann nur immer wieder der feste Entschluß der deutschen Regierung betont werden, auf dem bereits des öfteren dargelegten Standpunkte, der dem Punkt 5 der Wilsonschen Januar-Rundgebung entspricht, zu be-
harren. Danach kann Deutschland auf seine Kolonien weder verzichten, noch sie verschachern. Die Kolonien sind für das deutsche Volk eine Existenzfrage, da es ohne Kolonien nicht möglich ist, dem überschüssigen Bevölkerungsteil Arbeits-
und An siedlungsgelegenheit zu bieten, andererseits die Kräfte seines Bevölkerungsüberschusses der deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen. Die Regierung kann auch dem deutschen Volke nicht zumuten, einen Friedensvertrag anzuerkennen, weiterhin an der Kulturarbeit der weißen Rasse in Südafrika und der Südsee teilzunehmen.

Paris, 12. Juni. (Reuter.) Wie verlautet, werden die Alliierten das Ersuchen Deutschlands, das Mandat über seine früheren Kolonien zu behalten, abzulehnen.

Die Finanzfragen des Vertrages.

mz Amsterdam, 12. Juni. Die „Times“ meldet aus Paris: Bezüglich der Abänderungen in den Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland über die Finan-
zangelegenheiten und die Grenze im Osten ist noch keine Entscheidung getroffen. Wahrscheinlich wird in der Entschädigungsfrage ein Kompromiß getroffen. Die Kom-
mission wird Deutschland statt im Mai 1921 einige Monate nach Friedensschluß den Betrag der endgültigen Entschä-
digungssumme mitteilen.

Die südafrikanische Delegation in Paris.

mz Amsterdam, 12. Juni. Nach einer Reutermeldung wurde die südafrikanische Delegation am 5. Juni von Lord George empfangen. Sie erklärte, ihr Hauptziel sei die Wiederher-
stellung des nationalen Status, den die südafrikanische Re-
publik vor dem Kriege besessen habe. Lord George erklärte in seiner Antwort, daß die südafrikanische Union auf einem grundsätzlichen Abkommen zwischen dem britischen und dem holländischen Element aufgebaut sei und deshalb von der einen Seite ohne Zustimmung der anderen Seite nicht auf-
gelöst werden könne. Großbritannien könne keiner Aktion zustimmen, die die Auflösung dieser Union bedeute.

Eine Denkschrift amerikanischer Regier.

mz Amsterdam, 12. Juni. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Am Donnerstag hat eine Abordnung ameri-
kanischer Regier der Friedenskonferenz eine Denk-
schrift überreicht, in der sie um Zuerkennung des Rechts einer geschützten Minderheit nach dem Beispiel des vom Biererrat für die osteuropäischen Mächte vorgesehenen Min-
derheitsschutzes ersucht.

Wilson.

Washington, 12. Juni. (Reuter.) Wilson hob das Ausfuhrverbot für Gold von den Vereinigten Staa-
ten nach allen Ländern auf mit Ausnahme der feindlichen Staaten und des bolschewistischen Rußlands.

Washington, 12. Juni. Im „Weihen Haus“ erklärt man, daß die Heimkehr Wilsons nach den Vereinigten Staa-
ten zwar in etwa vierzehn Tagen sehr wahrscheinlich, daß aber der genaue Tag seiner Abfahrt noch nicht bekannt sei.

Die Verhandlungen mit Deutsch-Oesterreich.

mz St. Germain, 12. Juni. Das Wiener Corrbüro meldet, daß eine Reihe von Mitgliedern der deutsch-öster-
reichischen Delegation vorläufig ihre Arbeiten beendet hat.

und gestern abgerufen ist. Vorgestern Abend versammelten sie sich mit den übrigen Mitgliedern der Delegation bei Staatskanzler Hennert, der den Scheidenden für ihre Mitarbeit herzlich dankte. Sie wissen, sagte er, daß ich die Friedensverhandlungen in der Absicht führe, jedes deutsche Dorf und jede deutsche Siedlung unserem Deutschen Vaterland zu erhalten. Ich hoffe, daß wir bei der Rückkehr ein gutes Bild weiter gekommen sein werden und daß der zweite Teil unserer Zusammenarbeit volle Früchte unserer Bemühungen bringen wird. Im Namen der Abreisenden antwortete Landeshauptmann Freisler, der den Wunsch ausdrückte, daß die bisher von der Delegation eingeleiteten Schritte andere Methoden im Lager der Gegner herbeiführen möchten, und daß über die große Frage, um die es sich handelt, man zu einem günstigen Ende gelangen dürfte.

mz Paris, 12. Juni. (Havas.) 15 österreichische Delegierte, darunter Präsident Lamarche mit Gemahlin und Tochter, sind gestern Abend nach Wien abgereist.

mz Paris, 12. Juni. (Havas.) Die interalliierte Finanzkommission hielt am Dienstag vormittag im Hotel Henry in St. Germain eine Versammlung ab. Am Nachmittag fand eine Sitzung der Kommission zur Behandlung der Frage der österreichischen Gefangenen statt. Der österreichische General Stein wohnte als Vertreter des Kriegsministeriums den Beratungen bei.

mz Wien, 12. Juni. Die Börse kammer beschloß, den regulären Börsenverkehr wieder aufzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutschland und der Völkerbund.

mz Rotterdam, 12. Juni. „New York Sun“ meldet aus Paris, Clemenceau weigere sich vorläufig seine Zustimmung dazu zu geben, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde.

Das deutsche Weißbuch über die Schuldfrage.

Berlin, 12. Juni. Das deutsche Weißbuch mit den Dokumenten über die Schuldfrage, das als Anlage zu unseren Gegenvorschlägen in Versailles überreicht worden ist, ist jetzt erschienen. Es enthält sieben Abschnitte, von denen die ersten vier den Notenwechsel seit dem 7. Mai enthalten. Aus einem gegnerischen Bericht über die Schuldfrage, der 80 bis 90 Druckseiten umfaßt, ist in dem Weißbuch ein kleiner Ausschnitt abgedruckt. Den Bemerkungen der deutschen Kommission sind elf Anlagen und diesen wieder 57 Unteranlagen beigegeben, die indessen auch nur einen Ausschnitt aus dem zahlreichen Material darstellen.

Eine deutsche Note über Lettland.

Berlin, 12. Juni. In der Frage der Räumung Lettlands von deutschen Truppen ließ Reichsminister Erzberger durch General Frhr. von Hammerstein in Spa folgende Note überreichen:

Ich bitte General Rudant, folgende Note dem Marschall Foch zu übergeben:

1. Gegenüber dem Telegramm des Marschall Foch vom 30. Mai, welches die Belagerung der deutschen Streitkräfte in Litauen und Lettland nördlich einer bestimmten Linie fordert, muß die deutsche Regierung auf dem Standpunkt verharren, daß sie auf Grund des Art. 12 des Waffenstillstandsvertrages das Recht hat, eine eingeleitete und bereits in Ausführung befindliche Räumung der vor dem Krieg zu Rußland gehörenden Gebiete durchzuführen. Die Berechtigung dieser Auffassung ist von der deutschen Regierung bereits verschiedentlich begründet. Ich verweise insbesondere auf meine Note vom 27. Dezember 1918 und 28. Mai 1919. Die deutsche Regierung vermag daher auch nicht anzuerkennen, daß sie auf Grund des Waffenstillstandsvertrages gebunden ist, Weisungen über die Art der Räumung entgegen zu nehmen, wie sie auch keine Bedenken trägt, das südlich der mitgeteilten Linie genannte Gebiet zuerst aufzugeben. Die planmäßige Räumung Litauens und Lettlands wird voraussichtlich in sechs bis sieben Wochen beendet sein.

2. Bezüglich der Bedingungen für die weitere Anweisung des Grafen Goltz habe ich folgendes mitzuteilen: General Goltz hat Befehl, sich um die innern Angelegenheiten nicht zu kümmern. Er kann also die Einsetzung der Regierung weder erleichtern noch erschweren. Goltz hat keinerlei Waffen von den lettischen Truppen zurückgehalten. Die seinerzeit vom Freikorps Wetter den Letten abgenommenen Waffen sind nach der Meldung des Hauptmanns Wetter in der von den Letten besetzten Kaserne zurückgelassen worden. Eine Stärkung der lettischen Armee ist durchaus in unserm Sinne. Eine allgemeine Mobilisation muß nur, solange wir im Lande sind, soweit gehindert werden, wie eine zwangsweise Aushebung bolschewistisch gesinnter Leute unsere Truppen gefährdet. Goltz hat lediglich die Verantwortung für die Führung und den Schutz unserer Truppen. Soweit beides nicht berührt wird, hat er sich um die lettische Regierung nicht zu kümmern und sie keinesfalls in ihrer Tätigkeit zu behindern. Bei den im Telegramm des Marschalls Foch erwähnten Zusammenziehungen handelt es sich um Formationen, die inzwischen aus den lettischen Provinzen abgeführt worden sind. Reichsminister Erzberger.

Der sozialistische Parteitag.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, haben sich die drei Reichsminister Noske, Schmidt und Wiesel nach Weimar begeben, um an dem sozialdemokratischen Parteitag teilzunehmen.

mz Berlin, 12. Juni. Aus Weimar wird gemeldet: Nach dem Rassenbericht, den Partei aus dem sozialdemokratischen Parteitag erstattete, ist die Mitgliederzahl der Partei jetzt ungefähr auf der gleichen Höhe wie im März 1914, nämlich 1 759 005. Die Zahl der Frauen betrug am 31.

März 1919 206 354, die größte bisher erreichte Frauenmitgliederzahl in der Partei.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar sind 434 Mitglieder anwesend, darunter 45 Frauen. Ein Telegramm aus Oberschlesien protestiert gegen jede Loslösung dieses Gebietes von Deutschland.

Das Räteystem.

Berlin, 12. Juni. Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung hat in diesen Tagen über die Einfügung des Räteystems in die Verfassung beraten und sie in der bekannten Form beschlossen, wie sie auch von der Regierung als Paragraph 34 der Verfassung vorgesehen war. Der Zentralrat hält diese Form für vollständig genügend. Der Verfassungsausschuß habe dem Beschluß des zweiten Rätekongresses, der die Schaffung von Rammern der Arbeit auf Grundlage berufständischer Wahlen fordert, auch nicht in der geringsten Weise Rechnung getragen. Die Abweisung des Reichswirtschaftsrats mit nur gutachtlicher Tätigkeit in wirtschaftlichen Fragen sei eine Halbheit, die weder den Interessen der Arbeiter, noch denen des gesamten deutschen Volkes gerecht werde. Sie sei keineswegs geeignet, die von allen Seiten gewünschte Beruhigung zu bringen, sie werde zu neuen schweren Kopulationen führen. Der Zentralrat richtet daher an das Plenum der Nationalversammlung die dringende Mahnung, dem Vorschlag des Verfassungsausschusses die Zustimmung zu verweigern, und ersucht das Plenum, sich dem vom zweiten Rätekongreß gestellten Beschluß, Rammern der Arbeit auf berufständischer Grundlage zu errichten, anzuschließen.

Die Steuern Deutschlands.

Die wenigsten Deutschen haben einen auch nur einigermaßen richtigen Begriff von der vernichtenden finanziellen Last, die auf den Schultern unseres Volkes liegt. Einschließlich der 100 Milliarden unseres Gegenvorschlags zu dem Friedensvertrag beträgt die Gesamtschuldenlast etwa 330 Milliarden in unserer heutigen Währung. Das ist eine Summe, die weit über die Höhe unseres gesamten Volksvermögens hinausgeht. Aber die ungeheure Last soll nicht von 65 Millionen Köpfen, die ehemals das Reich zählte, sondern nur von knapp 57 Millionen getragen werden. Denn weite Gebiete des Reiches samt ihrer Bevölkerung sollen uns verloren gehen und nicht mehr mittragen helfen. Betrug also die auf den Kopf entfallende Steuerlast für Reich und Bundesstaaten zusammengerechnet vor dem Kriege im Durchschnitt 330 M., so wird sie sich für die Folge auf 10—11 000 M. und noch höher stellen. Wohlgerichtet auf den Kopf, also Kinder, Frauen, Kranke, Greise und alle Erwerbsunfähigen mit eingerechnet. Auf die Familie eines einzigen Erwerbsfähigen kommt demnach je nach deren Kopfzahl ein vielfaches jener Summe. Die für jährliche Verzinsung und Tilgung erforderlichen Beträge hat in Zukunft jeder abzurufen. Das ist die Aussicht, die das deutsche Angebot eröffnet. Und dieses Angebot stammt von denselben sozialdemokratischen Herrschaften, die uns im trüben Novembermond einzureden suchten, daß sie uns den besten aller Frieden beschaffen würden, wenn nur erst das alte System der Regierung und des Militarismus beseitigt sei.

Die Kämpfe in Ungarn.

mz Prag, 12. Juni. Die Magyaren haben neuerdings wieder heftig auf der ganzen Front angegriffen. Unsere Abteilungen erneuerten deshalb an verschiedenen Punkten die Offensive. Die Angriffsunternehmungen bei der Heeresgruppe des Generals Hittelhauser schritten günstig fort. Schenitz wurde besetzt. Die Magyaren erlitten erhebliche Verluste. Abteilungen der Heeresgruppe des Generals Honouque verteidigen jeden Fußbreit Boden. Die Angriffe westlich Eperjes, zwischen der Theiß und Rosenau sind besonders scharf.

mz Prag, 12. Juni. Im ganzen Bereich der tschechoslowakischen Republik ist das Standrecht über die der Militärgerichtsbarkeit unterliegenden Personen verhängt worden.

Italien.

mz Neapel, 12. Juni. (Stefani.) Eine Versammlung des Arbeiterbundes beschloß die Einstellung des Generalstreiks um Mitternacht.

mz Rom, 12. Juni. Einige Blätter veröffentlichen die Nachricht von der bevorstehenden Rückkehr der Obersten Heeresleitung nach Rom und der Wiederaufnahme der normalen Tätigkeit des Generalstabes.

Lokalnachrichten.

* Adnigstein, 13. Juni. Nach langem Warten stellte sich gestern Abend endlich ein langersehnter Gewitterregen ein und brachte die so notwendige Erfrischung und Abkühlung. Das Gewitter war von starkem Sturm begleitet.

* Durchführung der sachmännischen Schulaufsicht. Das gemischte Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilt mit, daß die Nachricht, daß besonders begabte Militäranwärter ohne Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen Volksschullehrer werden könnten, nicht den Tatsachen entspricht. Die gegenwärtigen Kreisinspektoren, die nicht Fachleute sind, werden vom 1. Oktober an von ihren Dienstobliegenheiten entbunden. Mit dieser Regelung ist, wenn auch nicht die hauptamtliche, so doch die sachmännische Schulaufsicht in Preußen nunmehr durchweg eingeführt.

* An den Empfang der Entlassungsanträge für Kriegsbeschädigte sei noch einmal erinnert. In welcher Reihenfolge sich die Empfangsberechtigten beim Kontrollamt in Höchst a. Main zu melden haben, ist aus Nr. 86 der „Taunus-Zeitung“ vom 4. Juni ersichtlich.

* Postkreditbriefe. Auf die Einrichtung der Postkreditbriefe wird von neuem aufmerksam gemacht. Sie erleichtern

bei Reisen den Zahlungsverkehr wesentlich. Wer einen Postkreditbrief hat, kann seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reichs in einfachster Weise ergänzen. Der Postkreditbrief kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll, — Höchstbetrag 3000 M. — bei jeder Postanstalt bestellt werden. Postkreditkunden überweisen den Betrag von ihrem Postkonto auf ein für sie beim Postkreditamt anzulegendes Postkreditbrief-Konto. Abhebungen — bis zu 1000 M. an einem Tage — sind bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs zulässig. Als Ausweis ist dabei außer dem Postkreditbrief eine Postausweis-Karte vorzulegen. Die Gebühren sind sehr mäßig, außer der Zahlartengebühr sind 50 S. für die Ausfertigung und 10 S. für jede Rückzahlung bis 100 M., 5 S. mehr für je 100 M. bei höheren Beträgen zu entrichten.

* Kellheim, 13. Juni. Stauensichtspiele. Auf das auf Samstag und Sonntag vorbereitete Programm, in welchem Henry Porten in dem satirischen Sensationsdrama „Die Claudi vom Geislerhof“ spielt, weisen wir an dieser Stelle besonders darauf hin. Da Henry Porten als einer der größten Spielerinnen bekannt ist, so dürfte mit einem ausverkauften Haus gerechnet werden. (Siehe Anzeigenteil.)

* Cronberg, 12. Juni. Drei Treibriemen von der Drechselmaschine der Gemeinde Cronberg, zwei aus einer dortigen Druckerei und einer, der einem Cronberger Privatmann gehörte, hatten die Arbeiter Dhs, Richard Sahn und Wilhelm Hennemann, sämtlich von dort, gestohlen und in Frankfurt veräußert. Sahn und Hennemann, die kaum 17 Jahre alt sind, wurden von der Strafkammer in Wiesbaden zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das Verfahren gegen Dhs, der nicht erschienen, verfiel der Verurteilung.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Dienstschreiben.

Zum Zwecke der Einleitung der sogenannten Gefangenenscheine (conspires) hat das Oberkommando bestimmt:

1. Die Scheine werden bei der Reichsbank-Nebenstelle in Wiesbaden gesammelt, die ihre Abführung an die Reichsbank in Mainz veranlassen wird.
2. Die Besitzer der Scheine erhalten von der Bank eine provisorische Empfangsbescheinigung, die sie später gegen deutsches Geld umtauschen, wenn die Bank den Gegenwert von Frankfurt erhalten haben wird.
3. Die Vorkblätter werden eine Veröffentlichung bringen, in der die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wird, daß diese Scheine nach dem Ministerialbeschluss vom 18. März d. J. vom 1. Juli d. J. ab nicht mehr gültig sind und daß die Reichsbank die Auszahlung übernommen hat.

Demgemäß haben Sie die erforderlichen Anordnungen zur unverzüglichen Durchführung dieser Vorschriften zu erlassen. Für die im § 3 vorgesehene Veröffentlichung werden Sie Sorge tragen. Die Reichsbank wird die nötigen Anweisungen erhalten.

Wiesbaden, den 28. Mai 1919.

Le Lieutenant Colonel Administrateur superieur

du District de Wiesbaden: (Unterschrift).

Empfänger: Der Herr Regierungspräsident in Wiesbaden.

Wird veröffentlicht.

Adnigstein im Taunus, den 10. Juni 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Das Reichsernährungsministerium hat die Verordnung über Höchstpreise für Honig vom 26. Juni 1917 (R.-G.-Bl. S. 559) aufgehoben. Für den auf Grund des Rund-erlasses des Herrn Reichlichen Staatskommissars für Volksernährung in Berlin vom 6. März ds. J. — VI b 531 — abzuleitenden Honig hat der Herr Staatskommissar den Butterpreis des Erzeugergebietes als Uebernahmepreis festgesetzt.

Wiesbaden, den 27. Mai 1919.

Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht.

Adnigstein, den 11. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Jacobs.

Kartoffel-Versorgung.

Morgen Samstag, den 14. ds. Mts., werden vormittags von 8—11 Uhr in der Bierhalle, Zimmer 3, Bezugscheine für Kartoffeln ausgegeben. Die Abgabe erfolgt in unbeschränkter Menge solange der Vorrat reicht. Wir raten dringend von diesem Angebot Gebrauch zu machen, zumal weitere Kartoffel-Versierungen nicht zu erwarten sind.

Adnigstein i. T., den 13. Juni 1919.

Der Magistrat. A. B.: Brühl.

Bei den künftigen Messern gelangt am Samstag den 14. d. Mts., vormittags von 8—12 Uhr, gegen Abgabe des Lebensmittelkartenabschnittes Nr. 11 Salzfleisch zum Verkauf.

Der Lebensmittelverkauf findet diese Woche am Samstag, den 14. Juni d. J., gegen Abgabe des Lebensmittelkartenabschnittes Nr. 12 statt.

Adnigstein, den 12. Juni 1919.

Der Magistrat. A. B.: Brühl.

Petr. Gühnerhalter.

Die Gühnerhalter werden ersucht, regelmäßig ihre abgabepflichtigen Eier Montag und Donnerstags, vormittags von 8—12 Uhr, im Lebensmittelbüro (Bierhalle), Zimmer Nr. 2, abzuliefern.

Adnigstein i. T., den 11. Juni 1919.

Der Magistrat. A. B.: Brühl.

Quartier.

Die ständige Abmeldung der Quartiere wird dringend in Erinnerung gebracht. Kontrolle findet statt. Wer freie Quartiere nicht abmeldet verliert jeden Anspruch auf Quartierentschädigung.

Adnigstein (Taunus), den 13. Juni 1919.

Der Bürgermeister. A. B.: Brühl.

Zum 1. und 15. jeden Monats sind für die Folge zu melden alle neu entstehende Schäden, wenn die Befahungstruppe hier verbleibt oder ein Quartierwechsel nicht stattfindet; sofort jedoch und zwar innerhalb 6 Stunden, wenn die Truppe wechselt, abmarschiert oder wenn ein sonstiger Quartierwechsel stattfindet.

Wer die geforderten Anmeldungen unterläßt, verliert jeden Anspruch auf spätere Entschädigung.

Adnigstein i. T., den 11. Juni 1919.

Der Bürgermeister. A. B.: Brühl.

